



Der schmunzelnde Antisemit



Schon die korrupten Borgias hatten der Legende zufolge viel Spaß daran, Juden um ihr Leben laufen zu lassen. Von Ähnlichen Erheiterungen hört man aus den KZs der Nationalsozialisten und den kommunistischen Gulags. In der Märkischen Allgemeinen gibt es die zivilisiertere Variante zum Schmunzeln für Antisemiten: Man macht sich im bequemen Sessel lustig über die Sorge der Israelis wegen der angekündigten Vernichtung des Landes und aller Juden durch den Iran, als deren Vorboten bereits seit Jahren vom Iran finanzierte Kleinraketen aus Gaza Angst, Schrecken und Tod verbreiten.

Ein besonderer Schachzug der grinsenden Qualitätsjournalisten: Sie haben mal wieder einen Schmock aus Israel gefunden, der sich für die schmierige Propaganda hergibt. Der Autor „Martin van Creveld ist Experte für militärische Geschichte und Strategie und hat an der Hebräischen Universität in Jerusalem gelehrt. Er wurde in den Niederlanden geboren und lebt seit

1950 in Israel.“

Dorthin kann er übrigens auch unbeschadet wieder zurückkehren, nachdem er sein Land mit Dreck beworfen hat. So ist das in Demokratien. Würde er als Iraner so über den Iran sprechen, könnte er gleich Asyl beantragen. Aber von solchen Unterschieden mag man bei der Märkischen heute nicht schreiben.

Seit 1991 haben die Israelis jedem, der bereit war zuzuhören – und auch den vielen, die es nicht waren –, erzählt, dass das iranische Atomprogramm eine Gefahr sowohl für Israel als auch für den Rest der Welt darstelle. Der Iran, so behaupteten sie, hasse Israel und warte nur auf eine Gelegenheit, der Existenz Israels ein Ende zu setzen. Es sei auch ein radikal islamischer Staat, dessen Führer nichts anderes wollten, als einen Atomkrieg zu provozieren, um so schnell wie möglich an die Jungfrauen im Himmel zu kommen.

Stets behaupteten die sogenannten „Experten“, dass der Iran nur noch drei bis fünf Jahre für die Entwicklung einer Atombombe brauche. Diese Zeitspanne wurde 1991 genannt, als das iranische Atomprogramm zum ersten Mal Thema wurde. Und heute, 18 Jahre später, ist die Bombe nach Auskunft des Mossad-Chefs noch immer fünf Jahre entfernt. Wäre das Thema nicht so ernst, könnte man das witzig finden. Noch seltsamer ist die Bereitwilligkeit zahlloser Kommentatoren, diesen Nonsens ernst zu nehmen und sich ernsthaft damit zu beschäftigen, wann Israel den Iran bombardieren wird (in der Vergangenheit wurden dafür diverse Zeitpunkte vorgeschlagen, aber es passierte nichts), welche Waffen Israel benutzen würde, ob der Angriff erfolgreich sein könnte, was mit dem Angriff zu erreichen sei, was die Ergebnisse wären und so weiter.

Vorauszusagen, ob Israel den Iran am Ende tatsächlich angreifen wird, ist sehr schwierig – handelnde Personen und Umstände wechseln manchmal sehr rasch. Auf der anderen Seite

ist es sehr einfach zu verstehen, warum Israel sich so alarmistisch verhält. Insbesondere zwei Gründe liegen nahe:

Erstens: Der Iran ist der Feind der USA und die USA sind der Feind des Iran. Israel braucht die Unterstützung der USA – militärisch, politisch und auch sonst. Auf der Seite der USA zu stehen, ist also strategisch vernünftig aus israelischer Sicht, zumal es wenig kostet.

Zweitens: Zunächst die Zionisten und dann die Israelis haben eine lange Geschichte des Alarmschlagens. Da dem so ist, präsentieren sie sich immer als klein, schwach und im Begriff, angegriffen zu werden. Im Gegensatz dazu werden ihre Feinde – zunächst die arabischen Palästinenser, dann Ägypten, dann der Irak und nun der Iran – immer als groß, stark, gefährlich und vor allem durch und durch böse dargestellt. Über die Jahrzehnte hat diese Taktik geholfen, Hunderte Billionen Dollar an militärischer und anderer Hilfe an sich zu ziehen. Der Mann, der Weltmeister in diesem Spiel war, ist Shimon Peres, der israelische Präsident. Gibt es irgendeinen Grund, warum er diese Taktik ändern sollte?

In Bezug auf all das macht es keinen großen Unterschied, was die Iraner tun oder sagen. Bereits vor den jüngsten Wahlen im Iran erzählten israelische Sprecher der Welt, dass sich die Bedrohung durch den Iran nicht ändern werde, wer auch immer gewinnt. Jetzt, nachdem die Wahlen stattgefunden haben, behaupten sie noch immer, dass die Bedrohung nicht geringer geworden ist.

In der Tat ist es schwer zu sagen, was Ahmadinedschad und Co. machen könnten, um die israelischen Ängste zu mindern – ihr Atomprogramm abbauen, etwa ihre Nuklearwissenschaftler töten, ihre Liebe zum Zionismus verkünden, zum Judentum konvertieren?

Zum Glück lassen sich auch die Leser der Märkischen Allgemeinen nicht mehr widerspruchslos für dumm verkaufen. Der

erste und bisher (hoffentlich nicht mehr lange) einzige
Kommentar:

Mit einer steilen These um Aufmerksamkeit bettelnd, lässt dieser „Experte“ die gesamte Agitation der Regierung Ahmadinedschads gegen Israel, seine Vernichtungsandrohungen, seine Unterstützung der Hamas und der Hisbollah, seine antisemitischen Holocaustkonferenzen und seine skandalösen Auftritte bei UN-Veranstaltungen einfach weg. Kein Wort davon. Am Ende blamiert sich aber vor allem die Zeitung, die so etwas Hanebüchenes abdruckt. Daumem runter, Märkische.

Dem kann man sich nur anschließen:

» Mail an die Märkische Zeitung

(Spürnase: Thomas W., Foto: Tradition des
Qualitätsjournalismus: Der Jude als Kriegstreiber)



Gerichtsmord **politisch**
instrumentalisiert



Der Mord im Gerichtssaal von Dresden und die ihm unterstellte islamfeindliche Grundstimmung im Lande, führt zu grotesken Auswirkungen in der gutmenschlichen Szene. Von Mazyek über Kramer bis Edathy bringt man seine Empörung in Stellung und beklagt gleichzeitig öffentliches Desinteresse.

Schuld an dem tragischen Ereignis sind nicht etwa die Linken, die durch ausufernden Persönlichkeitsschutz von Tätern es überhaupt erst ermöglichten, dass Messer in den Gerichtssaal mitgeschleppt werden können, sondern eine angeblich um sich greifende Islamfeindlichkeit der sich in Wahrheit ständig unterwerfenden Gesellschaft. Auch wird dem Mord das Motiv „Islamfeindlichkeit“ von denselben Leuten zugrunde gelegt, die sich in umgekehrten Täter-Opfer-Positionen stets um eine Entlastung des Islam bemühen. Zu erinnern sei in diesem Fall an den Angriff auf den Rabbiner von Frankfurt, der tödlich verlaufen wäre, wenn seine Körperfülle den Mann nicht geschützt hätte. Der moslemische Täter bezeichnete den Rabbi als „Scheißjuden“, was aber keineswegs als Zeichen einer antisemitischen Einstellung gewertet wurde. Denn erstens hat der Täter das nicht gesagt und zweitens hat der Rabbi ihn falsch verstanden. Selbst bei dem Mord an Theo van Gogh war nicht der Islam Schuld, sondern ist nur falsch verstanden worden. Hier dagegen ist alles klar:

„Dieser Anschlag wurde möglicherweise atmosphärisch durch eine Hassszene im Internet vorbereitet und durch

problematische Tendenzen unter bestimmten Intellektuellen, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen“, sagte Wissenschaftler Widmann. Dennoch würde das Thema Islamfeindlichkeit in der Öffentlichkeit bislang kaum diskutiert.

Das liege, so Widmann, zum einen an einem „verbreiteten Unbehagen über den Islam“ bis in die gesellschaftliche Mitte hinein. „Zudem gibt es Unsicherheit darüber, was legitime Kritik ist und wo ein Feindbild beginnt“, sagte Widmann. Aus seiner Sicht ist das aber einfach: Legitim sei Kritik immer, wenn sie sich an konkrete Personen oder Organisationen richtet, nicht aber, wenn ein Kollektivcharakter angenommen werde.

Aha. Den Islam in seiner Gesamtheit zu hinterfragen, nicht aber den einzelnen Moslem, also genau das, was Geert Wilders tut, ist also keine legitime Kritik. „Verbreitetes Unbehagen über den Islam“ entbehrt jeder Grundlage.

Auch der Vorsitzende des parlamentarischen Innenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), beobachtet, dass das Phänomen Islamfeindlichkeit in den vergangenen Jahren „an Breite gewonnen hat“.

Das liegt wohl daran, Herr Lehrer, dass die Bevölkerung aller Gehirnwäsche zum Trotz die verordnete Orwell'sche Denke noch nicht verinnerlicht hat. Sie glaubt einfach nicht, dass die Erde eine Scheibe ist, Schweine fliegen können, ihre Interessen von Leuten wie Ihnen vertreten werden und Islam=Frieden ist. Wenn Ihresgleichen nicht permanent die Menschen zu verblöden versuchte, indem sie ihnen den Islam als Gewinn verkaufen würden, wären Blogs wie PI, auf denen 2+2 noch immer 4 ist, nicht nötig.

Ideologische Unterstützung erhalten Volkspädagogen wie Edathy besonders aus Ägypten. Die Hannoversche Allgemeine berichtet:

„Schwangere Deutsche in Ägypten erstochen!“ Was wäre bei so einer Nachricht los? Wie würden die deutschen Medien berichten, wie würden die Deutschen reagieren, fragt der aufgebrachte junge ägyptische Blogger Hischam Maged.

„Wie würde darüber berichtet, wenn eine westliche Frau irgendwo auf der Welt von einem muslimischen Extremisten niedergestochen worden wäre?“ schreibt er in seinem Blog.

Eine Frage, in der eine Menge Wut, Fassungslosigkeit und Ärger steckt. Das war die Grundstimmung bei der Beerdigung Marwa Al-Scherbinis in der ägyptischen Hafenstadt Alexandria am Montagabend. Es gibt in Ägypten diese Woche kein anderes Thema als den Mord an der jungen ägyptischen Mutter im Dresdener Landgerichtssaal. Die Trauerfeier in Alexandria wurde zur Anklage gegen die deutsche Politik und die angebliche Islamfeindlichkeit in Deutschland. „Warum wurde Marwa getötet?“ heißt es auf einem Plakat, das einer der gut tausend ägyptischen Trauernden hochhielt. Einige Heißsporne riefen „Nieder mit Deutschland“ und forderten gar Rache.

Die Frage, in der soviel Wut und Trauer, vor allem aber Hass auf die Ungläubigen steckt, ist so einfach zu beantworten, dass sogar die Hannoverschen Qualitätsjournalisten das zuwege bringen könnten. Denn es ist ja nicht so, als wären noch nie Deutsche Opfer des islamischen Tötungswahns geworden, der über 200 mal im heiligen Buch der Muslime bekräftigt wird.

Das kann nicht das Verbrechen von Dresden entschuldigen oder relativieren. Aber eine „gerechte Strafe“, wie sie von muslimischen Demonstranten in Alexandria jetzt von Deutschland gefordert wird (*Foto*) würde wohl, um dem Gerechtigkeitsinn dieser Personen zu genügen, die sofortige Einführung der Scharia notwendig machen. Immerhin wäre es dann auch im Sinne Edathys und anderer endlich mit der unbotmäßigen Kritik an muslimischen Menschenrechtsverletzungen vorbei.

Deutsche starben bei palästinensischen Flugzeugentführungen

wie bei Terroranschlägen von New York bis London und Bali, werden auf ihren eigenen Straßen von muslimischen Zuwanderern totgeschlagen. Ja wie **haben** denn die Deutschen reagiert, als vier ihrer Landsleute mit 64 weiteren Touristen 1997 im ägyptischen Luxor ermordet wurden? Zehn Jahre später erinnert sich die taz:

Die Gesichter der Touristen, der ägyptischen Reiseführer und der Wächter des Tempels der Königin Hatschepsut wirken ungläubig, argwöhnisch, voller Fragen. Sie versuchen auszumachen, was am Rande der Tempelanlage von Luxor am westlichen Nilufer vor sich geht. Als Schüsse fallen, gehen sie hinter dem über 3.000 Jahre alten Mauerwerk in Deckung. Dann reißt der wackelige Streifen des Hobbyfilmers ab.

Es war ein touristischer Albtraum – der vor zehn Jahren, am 17. November 1997, als das „Massaker von Luxor“ in die Geschichte Ägyptens und des Tourismus einging. Sechs mit Schnellfeuergewehren und Messern bewaffnete Männer kamen in die Tempelanlage gestürmt. Viele Besucher begingen damals einen verhängnisvollen Fehler, flüchteten in den Tempel, versuchten sich hinter den Säulen zu verstecken. Damit saßen sie in der Falle. Über eine dreiviertel Stunde lang schossen die Attentäter wild um sich. Am Ende exekutierten sie die am Boden liegenden Verletzten. Neben den Attentätern kamen 62 Menschen ums Leben, darunter 35 Schweizer, vier Deutsche, aber auch Japaner, Briten, Franzosen, ein Kolumbianer, drei ägyptische Polizisten und ein Reiseführer. (...)

Um die 4.000 Menschen besuchen die Tempelanlage der schwer auszusprechenden ägyptischen Königin täglich. „Für uns spielt das Massaker von damals keine große Rolle mehr“, gibt Peter Kahlert, ein Unternehmensberater aus Dresden, zu. Irgendwo sei man im Vergleich zu der Zeit vor zehn Jahren, als der Anschlag von Luxor Schlagzeilen machte, durch die Attentate vom 11. September, Madrid oder London auch ein wenig abgestumpft, glaubt er. „Das kann überall und zu jeder Zeit passieren, also was solls“, meint er.

Die Deutschen beeilten sich schon damals zu betonen, der Anschlag habe ganz sicher nichts mit dem Islam zu tun. Und machten eine Weile einen großen Bogen um Ägypten. Eine Reaktion, für die man auch umgekehrt bei den Muslimen nach dem Dresdener Mord größtes Verständnis hätte.

» PI: Zentralräte setzen gemeinsames Zeichen

(Spürnase: Helmut B., Marc X)

Zuma schlägt Befreiung von Strafverfolgung vor

☒ Der südafrikanische Präsident Jacob Zuma (Foto) hat vorgeschlagen, autokratischen afrikanischen Herrscher gegen Machtverzicht eine Befreiung von Strafverfolgung zu gewähren. Im Hinterkopf dürfte er da wohl vor allem den Präsidenten des Nachbarlandes Zimbabwe haben, der in seiner fast dreißigjährigen Herrschaft die einstige Kornkammer Afrikas in einer Hungerzone verwandelt hat.

Weißer Farmer wurden enteignet, Parteigünstlinge erhielten die Farmen. Und da haben wir auch schon das Problem: mit diesem vielleicht wohlgemeinten Vorschlag á la „lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ wird Zuma keinen Erfolg haben. Es geht schon lange nicht mehr lediglich um Mugabe, es geht um die Tausenden Speichellecker, Günstlinge, Profiteure seines Regimes, die eben nicht vor einer Strafverfolgung geschützt wären.

Mit seinem Vorschlag würde Zuma lediglich Mugabe vor einer mehr als verdienten Gefängnisstrafe schützen können. Afrika braucht allerdings die Aufarbeitung von in Afrika verübten

Verbrechen und dies sollten sie aus eigenen Kräften tun. Das dies möglich ist, hat man nach 1994 in Südafrika gesehen. Wenn Zuma sich mit diesem Vorschlag durchsetzen würde, hätte dies einen ganz faden Beigeschmack, auch auf die momentan eher labilen Verhältnisse in Südafrika.